



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk Bayern



BAYERNS STIMME
FÜR DIE PFLEGE

VdPB | Prinzregentenstraße 24 | 80538 München

PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt

Anke Röver
089 / 2620715-07
presse@vdpb-bayern.de

VdPB und ver.di einig: Vollständige Strukturreform der beruflichen Pflege unausweichlich

VdPB-Monitoringstudie Basis für gemeinsame Erklärung / Versorgung und Ausbildung regional analysieren und anpassen / Finanzierung muss überall gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und angemessene Personalausstattung ermöglichen / Kurzes Zeitfenster für politische Weichenstellungen

München, 01.11.2021 – Auf der Vorstandsklausur des Landesfachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen der Gewerkschaft ver.di stellte die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) ihre unlängst erschienene Monitoringstudie zum Pflegepersonalbedarf in Bayern vor. In der Diskussion der Studienergebnisse zeigte sich insbesondere hinsichtlich der Einschätzung der prekären Lage und den zu ziehenden Schlussfolgerungen große Einigkeit: Nicht mehr und nicht weniger als eine komplette Strukturreform der beruflichen Pflege muss vollzogen werden, um die Berufsgruppe zu entlasten und gleichzeitig die pflegerische Versorgung zu sichern.

„Wenn wir auch künftig die pflegerische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten wollen, müssen wir Pflege neu denken. Das heißt zunächst einmal, dass wir die jahrzehntelang fest zementierten Sektorengrenzen innerhalb der beruflichen Pflege endlich überwinden müssen. Nur wenn wir die Versorgungsstrukturen ganzheitlich betrachten, ohne die Pflegenden in Akut- und Langzeitpflege, in stationär und ambulant, in Klinik und Pflegeheim auseinanderzudividieren, haben wir überhaupt eine Chance, Lösungswege zu finden“, prognostiziert Georg Sigl-Lehner, Präsident der VdPB. Volker Schmidt, Vorsitzender des Fachbereichs Gesundheit und Soziales in Bayern betont: „Das A und O für die Attraktivität der Pflege sind die Arbeits- und Einkommensbedingungen. Dass insbesondere die privaten Betreiber von Altenpflegeeinrichtungen sich ihrer Verantwortung für Ausbildung und Tarifbindung entziehen, ist nicht hinzunehmen.“

Darüber hinaus – auch da sind sich beide Seiten vollkommen einig – ist eine regionalisierte Betrachtung der pflegerischen Versorgung, aber auch der Ausbildungskapazitäten für die Pflegeberufe unbedingt geboten. Die Monitoringstudie der VdPB belegt, dass sich die Lage in den Regionen Bayerns höchst unterschiedlich darstellt und Lösungen für den Personalnotstand verstärkt mit einem regionalen Blick anzugehen sind. „Wir wünschen uns natürlich mehr Auszubildende überall“, sagt Sigl-Lehner, „aber wir machen den Beruf nicht attraktiver, wenn wir beispielsweise hochmoderne Pflegeschulen in Orten bauen, die von den Ausbildungseinrichtungen aus kaum zu erreichen sind.“ Zudem müsse man viel flexibler werden, was das kommunale Angebot auch alternativer Versorgungsformen angeht, erklärt der VdPB-Präsident.



Großen Reformbedarf sehen sowohl die VdPB als auch ver.di vor allem in der Finanzierung des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung. In der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfe profitgetriebenen Interessen kein Gewicht zukommen. Dafür aber seien grundlegende Veränderungen der Sozialgesetzgebung und der Leistungsstrukturen nötig. Robert Hinke, Landesfachbereichsleiter für Gesundheit und Soziales in ver.di Bayern, unterstreicht: „Ein Blick ins Ausland lehrt, dass sich die Kommunen bei der Bewältigung der demografischen Entwicklung aktiver einbringen müssen. Dies beginnt bei der Bedarfsermittlung und Prognose sowie der Etablierung einer kommunalen Infrastruktur Pflege. Bislang wird der Ausbau der Pflegekapazitäten und Dienstleistungen dem Markt überlassen. Dies wird dem öffentlichen Auftrag einer angemessenen Versorgung immer weniger gerecht.“

„Das sind in unseren Augen Voraussetzungen dafür, dass die Rahmenbedingungen für beruflich Pflegende eine dringend erforderliche Verbesserung erfahren, das gehört ebenfalls zu den Schlussfolgerungen, die wir aus der Studie ziehen“, meint Georg Sigl-Lehner und ergänzt: „Wir setzen außerdem auf die Entwicklung neuer Kompetenzprofile, um pflegfachliche Qualifikationen besser zu nutzen und in der Prävention besser zu werden. Damit könnte der Personalbedarf schließlich wirksam verringert und das vorhandene Personal deutlich entlastet werden.“ Volker Schmidt und Robert Hinke erklären: „Uns allen muss die Dramatik der Versorgungssituation klar werden. Angesichts der demografischen Entwicklung der Gesellschaft, aber auch bei den Beschäftigten in der Pflege selbst, ist bereits das bestehende Versorgungsniveau gefährdet. Hierbei gibt es in Bayern erhebliche regionale Unterschiede, wie auch die Studie der VdPB zeigt. In keiner Region Bayerns sind Arbeitsmarktreserven vorhanden. Mit der Zahl der Absolventen in den Pflegeberufen kann man Renteneintritte und Berufswechsel nicht kompensieren. An einen Ausbau der Kapazitäten ist so kaum zu denken. Die politischen Weichen sind folglich in einem kurzen Zeitfenster der nächsten Jahre zu stellen.“

VdPB und ver.di sehen beide großes Potenzial für kreative Lösungen in der Monitoringstudie – die Ergebnisse zeigen allen Akteuren und politisch Verantwortlichen Handlungsbedarfe auf, um die Herausforderung der pflegerischen Versorgungssicherung zügig anzugehen.

Die VdPB

*Die **Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und ein unabhängiges Sprachrohr von und für professionelle Pflegekräfte in Bayern. Die VdPB wurde 2017 auf Grundlage des vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Pflegendenvereinigungsgesetz gegründet und hat unter anderem die Aufgabe, die Qualität der Pflege weiterzuentwickeln – sowohl im Interesse der Berufsgruppe als auch für die Versorgungssicherheit für die Menschen in Bayern. Dazu wirkt die VdPB an Gesetzgebungsverfahren mit und vertritt die Pflegenden in Gremien wie beispielsweise dem Landespflegeausschuss. Zudem berät sie ihre Mitglieder kostenlos in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Fragen und engagiert sich für die Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden. Die VdPB ist außerdem die für die Registrierung der Praxisanleitungen in der Pflege und die Erfassung der Fortbildungsnachweise für Praxisanleitungen zuständige Behörde. Seit dem 01. Januar 2021 ist die VdPB auch zuständig für die Regelung der pflegerischen Weiterbildung nach AVPfleWoqG. Die Mitgliedschaft in der VdPB ist für professionell Pflegende freiwillig und kostenlos. Präsident der VdPB ist Georg Sigl-Lehner.*

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

*Die **Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)** Gewerkschaft vertritt rund 2 Mio. Mitglieder. Der Bundesfachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen repräsentiert 400.000 Mitglieder. Allein in Bayern sind dem Fachbereich etwa 45.000 Arbeitnehmer*innen zugeordnet. Es handelt sich vor allem um Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, Altenpfleger*innen, Hebammen, Ärzte, Medizinisch-technische Assistent*innen, Psychotherapeut*innen und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen. ver.di setzt sich ein für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung, gegen Personalnot und Überlastung der Beschäftigten. Neben der gewerkschaftlichen Betriebs- und Tarifarbeit nimmt ver.di über ihr politisches Mandat auf die Gesetzgebung Einfluss. Dafür arbeiten Tausende haupt- und ehrenamtlich in Betrieben und Ortsvereinen, in 62 Bezirks-, 10 Landesgeschäftsstellen und der Berliner Bundesverwaltung.*

Kontakt:

Georg Sigl-Lehner, info@vdpb-bayern.de, Tel. 089 2620715-07

Robert Hinke, robert.hinke@verdi.de, mobil 0177 6809933